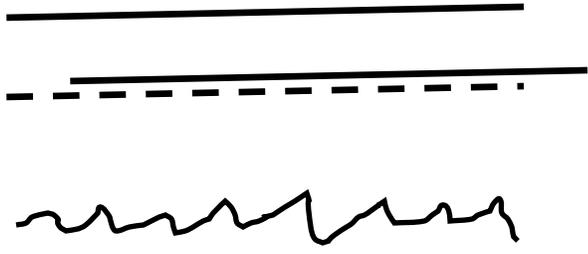


Phonetik II

Priv.-Doz. Dr. Martin Maurach

SoSe 2025

2.4. 2025



Besonders begabte Schüler können an vielen deutschen Hochschulen ein Frühstudium absolvieren. Wie sehen die Programme aus – und welche Zugangsvoraussetzungen gibt es?



In ihrer ersten Vorlesung wagt Leonie Lange den Griff nach den Sternen – nicht nur im übertragenen Sinne. „Ich wollte schon früh Physikerin werden, besonders Astrophysik hat mich fasziniert.“ Ein Wissensdurst, den der reguläre Schulunterricht nicht stillen kann. Eine Lehrkraft erkennt Leonie Langes Interesse und ihre Begabung und weist sie auf die Möglichkeit eines Frühstudiums an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) hin.

Mit „Physik des Universums“ besucht die Münchnerin schon in der zehnten Klasse an einem naturwissenschaftlich-technischen Gymnasium eine Einführung in die Astronomie, die sonst Bachelorstudenten im dritten oder Lehramtsstudenten im fünften Semester vorbehalten ist. Drei Stunden pro Woche wird sie von ihrer Schule

freigestellt, damit sie zwei Semester lang Physikvorlesungen besuchen kann. Den Stoff, den sie im Fach Ethik versäumt, holt sie an den Wochenenden im Selbststudium nach.

Wichtige, neue
Informationen
pro Satz (Rhema)

Als Titel — — —
hervorzuheben

Thema

Rhema

„Ich wollte schon früh Physikerin werden.“

Am wichtigsten ist in jedem Satz die kontextuell neue Information - das **Rhema** -, die im Aussagesatz meist weit rechts steht.

Als **Thema** wird demgegenüber ja die alte, kontextuell schon bekannte, präsente oder vorerwähnte Information bezeichnet.

Es gibt auch syntaktische Kriterien: Ein Rhema findet sich eher in einem direkten Objekt, manchmal auch einem Dativobjekt; seltener in präpositionalen Ergänzungen. Das ist aber *nur eine Tendenz*, keine 100%-Regel!

Hauptsätze und Nebensätze können ihre jeweils eigene Thema-Rhema-Gliederung haben.

Drei Stunden pro Woche wird sie von ihrer Schule

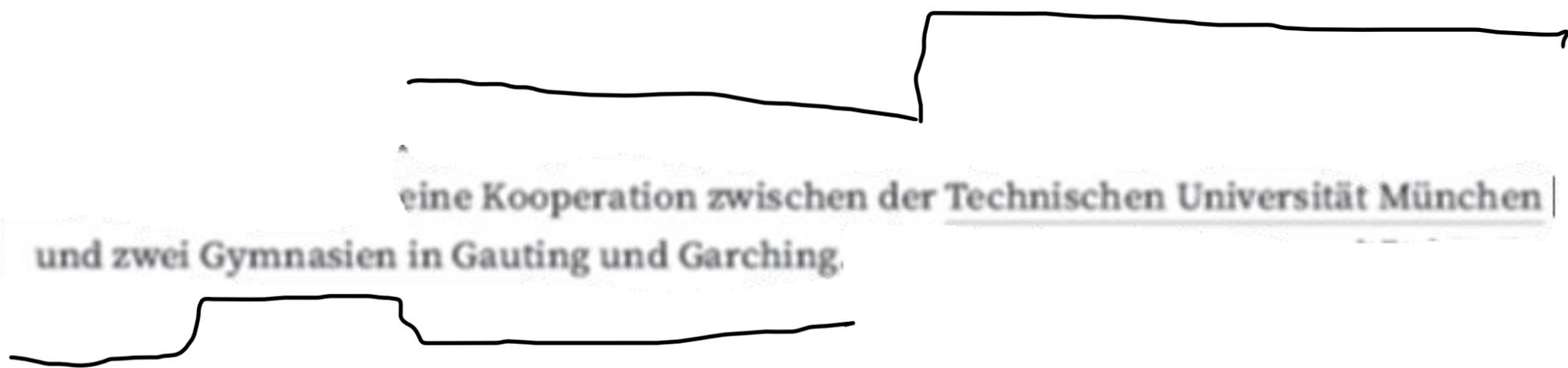
freigestellt, damit sie zwei Semester lang Physikvorlesungen besuchen kann

Eigene Forschungsarbeit zum Thema Bauchspeicheldrüsenkrebs

Die Erfahrungen an der LMU motivierten Lange, sich anschließend für das TUM-Kolleg zu bewerben, eine Kooperation zwischen der Technischen Universität München und zwei Gymnasien in Gauting und Garching. In Analogie zu einer Universitätsklinik besuchen pro Jahrgang 15 in den MINT-Fächern besonders begabte Jugendliche während der gesamten gymnasialen Oberstufe eine Art Universitätsgymnasium. Das Programm gibt es seit 15 Jahren.

Schon früh sollen sie die Möglichkeit bekommen, an universitärer Forschung und Lehre teilzuhaben – allerdings weit über das hinaus, was ein übliches Frühstudium beinhaltet. So kann in verschiedenen Laboren oder anderen Forschungsprojekten mitgearbeitet werden. Lange unterstützt Doktoranden in der medizinischen Forschung am Klinikum rechts der Isar, erhebt und wertet mit ihnen Daten aus und schreibt im Rahmen des in Bayern üblichen berufsorientierenden P-Seminars eine eigene Forschungsarbeit zum Thema Bauchspeicheldrüsenkrebs.

kleine Pausen
bei sehr lan-
gen Sätzen



eine Kooperation zwischen der Technischen Universität München
und zwei Gymnasien in Gauting und Garching.

Tonhöhenverlauf

Eine normale Betonung innerhalb eines Satzes bedeutet **keine** sehr erhöhte Lautstärke.

Der betonte Teil wird mit etwas höherer Stimme gesprochen, die davor und danach – mit einer ganz kleinen Pause – wieder fällt.

. So kann in verschiedenen Laboren oder anderen Forschungsprojekten mitgearbeitet werden.



Manchmal kann ein Rhema auf zwei etwa gleich gewichtige Ausdrücke oder Phrasen aufgeteilt werden.

Wie entsteht Kohärenz in einem Zeitungstext, und wie kann diese Kohärenz durch das Vorlesen / den Vortrag vermittelt werden?

„Totalverweigerer“ und die Krux mit dem Bürgergeld

Von Anna Vollmer

25.03.2025



SPD und Union wollen die Regelungen für das Bürgergeld verschärfen. Wer nicht arbeiten will, soll Leistungen entzogen bekommen. Ist das angemessen? Und vor allem: Wie viel würde sich überhaupt ändern?

Die große Unbekannte des Abends waren die Schwarzarbeiter. Schwarzarbeiter, die nebenher Bürgergeld beziehen, davon gebe es, davon sind CDU-Bundestagsabgeordneter Tilman Kuban und Unternehmerin Isabel Grupp-Kofler überzeugt, einige. Wie viele aber genau, das konnten sie nicht sagen. Kuban verwies auf „unterschiedliche Statistiken von bis“. Zahlen zu nennen, sei „unseriös“. Denn: „Bei Schwarzarbeit gibt's einfach eine hohe Dunkelziffer.“

Bei „Hart aber fair“ ging es am Montagabend aber eigentlich gar nicht um Schwarzarbeit, sondern um das Bürgergeld. Genauer um die Frage, ob mehr Härte gegenüber Bürgergeldempfängern gerecht sei. Mehr Härte, das sehen CDU, CSU und

SPD laut ihrem Sondierungspapier vor. Dort heißt es: „Bei Menschen, die arbeiten können und wiederholt zumutbare Arbeit verweigern, wird ein vollständiger Leistungsentzug vorgenommen.“ Ein vollständiger Leistungsentzug, das bedeutet nicht nur eine Streichung des Bürgergeldes, sondern auch der Miete, der Nebenkosten. Hieße also: Wer sich langfristig weigert zu arbeiten, verliert nicht nur seine Bezüge, sondern irgendwann auch seine Wohnung.

Will die SPD die Union hinters Licht führen?

Das klingt drastisch. So drastisch, dass man sich fragen kann, wie oft diese Maßnahmen im Endeffekt wohl umgesetzt würden. Anna Mayr, Redakteurin im Politikressort der Zeit, vermutet: fast nie. Denn wer Bürgergeld bezieht, hat oft auch eine Familie, müsste also vom Jobcenter eine Stelle angeboten bekommen, von deren Bezahlung mehr Menschen leben könnten als nur einer allein. Wie oft bietet das Jobcenter so etwas in der Realität an? Wollte die SPD, so mutmaßt Mayr, die Union mit dieser Formulierung hinters Licht führen? Die SPD, vertreten durch den Bremer SPD-Bürgermeister Andreas Bovenschulte, würde das nie so direkt sagen, stimmt Mayr dann aber doch in gewisser Weise zu. Die Anzahl derjenigen, die Leistungsentzug zu befürchten hätten, ja die im Zweifelsfall ihre Wohnung verlieren würden, sei extrem niedrig.

Menschen, die Bürgergeld beziehen, weil sie krank oder alleinerziehend seien, also nicht so viel arbeiten könnten, wie sie gern würden, sagt auch Kuban, seien von den geplanten Maßnahmen selbstverständlich nicht betroffen, genauso wenig wie diejenigen, die wegen ihres geringen Verdienstes aufstocken müssten. Mehr noch: Auf dieses soziale Netz in Deutschland könne man stolz sein. Aber: „Der Sozialstaat kann nur für diejenigen da sein, die gerade nicht können, nicht für die, die gerade nicht wollen.“ Die, die gerade nicht wollen, das sind die sogenannten Totalverweigerer, diejenigen, denen Kuban und Grupp-Kofler immer wieder Schwarzarbeit unterstellen.

Verwaltung und Bürokratie

Bei genauerer Betrachtung ist das mit den härteren Maßnahmen aber gar nicht so einfach. Das fängt schon bei den Formulierungen des Sondierungspapiers an. Was, zum Beispiel, heißt „wiederholt“? Muss man einen Job zwei-, drei- oder viermal ablehnen? Und wie soll das Jobcenter, das ähnlich unter Fachkräftemangel leidet wie andere Branchen auch, das überhaupt nachverfolgen? Hier werde, sagt Mayr, ein „Bürokratiemonster“ geschaffen, und da ist sie sich mit Unternehmerin Grupp-Kofler

einmal einig. Ein Großteil der Arbeit, den das Jobcenter jetzt schon erledige, sagt auch diese, sei Verwaltung.

Ob mehr Härte beim Bürgergeld gerecht ist, das beinhaltet auch die Frage, ob es gerecht ist, dass Menschen, die zwar arbeiten, aber wenig verdienen, nur geringfügig mehr bekommen als Menschen, die gar nicht arbeiten. Ob es gerecht ist, dass Menschen, die arbeiten, manchmal sogar noch aufstocken müssen. Das würden wohl die meisten verneinen, denn dass dieser Zustand wenig motivierend ist, kann jeder verstehen. Nur, fragt Mayr: Liegt die Schuld tatsächlich bei den Bürgergeldempfängern? Oder nicht vielmehr an anderen Dingen, an hohen Mieten zum Beispiel, die ja im Fall der Bürgergeldempfänger der Staat zahlt, im Fall der Geringverdiener aber die arbeitenden Personen?

Heidi Reichinnek von der Linken geht die Debatte am eigentlichen Problem vorbei. Sie möchte auf die Reichen, die Steuerhinterzieher gucken, nicht auf die Armen. Die Linke möchte Arbeitslosen idealerweise 1400 Euro zahlen, Miete inklusive, und den Mindestlohn deutlich anheben.

Der Mindestlohn, das ist das andere große Thema des Abends. Ist der Mindestlohn höher, wird der Abstand zum Bürgergeld zwar größer, der zu denen, die mehr als den Mindestlohn bekommen, aber geringer, weiß der von Klamroth enthusiastisch vorgestellte Bäcker Tobias Exner („Ich schätze Sie sehr, weil Sie so ungefiltert aus Ihrem Alltag berichten“). Und fragt: Müssten dann nicht alle Löhne angehoben werden, damit es sich weiterhin lohne, eine Ausbildung zu machen? Exner ist eingeladen, um zu erläutern, warum durch einen höheren Mindestlohn die Brötchen teurer würden. Auch ein Hotelier aus Cuxhaven, mit dem Klamroth in einem Einspieler kurz auf's Meer blickt, bevor er sich die Situation im Hotel mal genauer anschaut, ist gegen einen höheren Mindestlohn. Selbst seine Angestellte, die 1300 Euro netto verdient, ist da skeptisch. Es ist also, das steht am Ende dieses Abends fest, manchmal kompliziert mit der Gerechtigkeit.

Weitgehende Einigkeit besteht immerhin bei der Feststellung, dass die Debatte über das Bürgergeld im Wahlkampf viel zu polemisch geführt wurde. Dazu habe, so Kuban, auch seine eigene Partei beigetragen. Gegen Polemik helfen bekanntermaßen Fakten und Zahlen. Daher die Frage nach der Schwarzarbeit, den Totalverweigerern: Wie viele Menschen sind es denn nun, die arbeiten können, aber nicht wollen? Aktuell bekommen 18.000 Menschen von insgesamt 5,5 Millionen, die Bürgergeld empfangen, Sanktionen. Ob das die Debatte widerspiegelt, kann jeder selbst beurteilen.

TV-KRITIK „HART ABER FAIR“

„Totalverweigerer“ und die Krux mit dem Bürgergeld

Von Anna Vollmer

25.03.2025



SPD und Union wollen die Regelungen für das Bürgergeld verschärfen. Wer nicht arbeiten will, soll Leistungen entzogen bekommen. Ist das angemessen? Und vor allem: Wie viel würde sich überhaupt ändern?

Die große Unbekannte des Abends waren die Schwarzarbeiter. Schwarzarbeiter, die nebenher Bürgergeld beziehen, davon gebe es, davon sind CDU-Bundestagsabgeordneter Tilman Kuban und Unternehmerin Isabel Grupp-Kofler überzeugt, einige. Wie viele aber genau, das konnten sie nicht sagen. Kuban verwies auf „unterschiedliche Statistiken von bis“. Zahlen zu nennen, sei „unseriös“. Denn: „Bei Schwarzarbeit gibt’s einfach eine hohe Dunkelziffer.“

„Schwarzarbeiter“
schafft Textkohärenz
(als Anapher)

Im einleitenden Absatz
wird wieder Spannung
erzeugt: „hohe
Dunkelziffer“

Bei „Hart aber fair“ ging es am Montagabend aber eigentlich gar nicht um Schwarzarbeit, sondern um das Bürgergeld. Genauer um die Frage, ob mehr Härte gegenüber Bürgergeldempfängern gerecht sei. Mehr Härte, das sehen CDU, CSU und

SPD laut ihrem Sondierungspapier vor. Dort heißt es: „Bei Menschen, die arbeiten können und wiederholt zumutbare Arbeit verweigern, wird ein vollständiger Leistungsentzug vorgenommen.“ Ein vollständiger Leistungsentzug, das bedeutet nicht nur eine Streichung des Bürgergeldes, sondern auch der Miete, der Nebenkosten. Hieße also: Wer sich langfristig weigert zu arbeiten, verliert nicht nur seine Bezüge, sondern irgendwann auch seine Wohnung.

¶



Will die SPD die Union hinters Licht führen?

Das klingt drastisch. So drastisch, dass man sich fragen kann, wie oft diese Maßnahmen im Endeffekt wohl umgesetzt würden. Anna Mayr, Redakteurin im Politikressort der Zeit, vermutet: fast nie. Denn wer Bürgergeld bezieht, hat oft auch eine Familie, müsste also vom Jobcenter eine Stelle angeboten bekommen, von deren Bezahlung mehr Menschen leben könnten als nur einer allein. Wie oft bietet das Jobcenter so etwas in der Realität an? Wollte die SPD, so mutmaßt Mayr, die Union mit dieser Formulierung hinters Licht führen? Die SPD, vertreten durch den Bremer SPD-Bürgermeister Andreas Bovenschulte, würde das nie so direkt sagen, stimmt Mayr dann aber doch in gewisser Weise zu. Die Anzahl derjenigen, die Leistungsentzug zu befürchten hätten, ja die im Zweifelsfall ihre Wohnung verlieren würden, sei extrem niedrig.

}
Frage-Antwort-
Beziehungen

Menschen, die Bürgergeld beziehen, weil sie krank oder alleinerziehend seien, also nicht so viel arbeiten könnten, wie sie gern würden, sagt auch Kuban, seien von den geplanten Maßnahmen selbstverständlich nicht betroffen, genauso wenig wie diejenigen, die wegen ihres geringen Verdienstes aufstocken müssten. Mehr noch: Auf dieses soziale Netz in Deutschland könne man stolz sein. Aber: „Der Sozialstaat kann nur für diejenigen da sein, die gerade nicht können, nicht für die, die gerade nicht wollen.“ Die, die gerade nicht wollen, das sind die sogenannten Totalverweigerer, diejenigen, denen Kuban und Grupp-Kofler immer wieder Schwarzarbeit unterstellen.

Antithetische
Verben als Faktoren
der Textkohärenz

Verwaltung und Bürokratie

Fragen

Bei genauerer Betrachtung ist das mit den härteren Maßnahmen aber gar nicht so einfach. Das fängt schon bei den Formulierungen des Sondierungspapiers an. Was, zum Beispiel, heißt „wiederholt“? Muss man einen Job zwei-, drei- oder viermal ablehnen? Und wie soll das Jobcenter, das ähnlich unter Fachkräftemangel leidet wie andere Branchen auch, das überhaupt nachverfolgen? Hier werde, sagt Mayr, ein „Bürokratiemonster“ geschaffen, und da ist sie sich mit Unternehmerin Grupp-Kofler

einmal einig. Ein Großteil der Arbeit, den das Jobcenter jetzt schon erledige, sagt auch diese, sei Verwaltung.

Ob mehr Härte beim Bürgergeld gerecht ist, das beinhaltet auch die Frage, ob es gerecht ist, dass Menschen, die zwar arbeiten, aber wenig verdienen, nur geringfügig mehr bekommen als Menschen, die gar nicht arbeiten. Ob es gerecht ist, dass Menschen, die arbeiten, manchmal sogar noch aufstocken müssen. Das würden wohl die meisten verneinen, denn dass dieser Zustand wenig motivierend ist, kann jeder verstehen. Nur, fragt Mayr: Liegt die Schuld tatsächlich bei den Bürgergeldempfängern? Oder nicht vielmehr an anderen Dingen, an hohen Mieten zum Beispiel, die ja im Fall der Bürgergeldempfänger der Staat zahlt, im Fall der Geringverdiener aber die arbeitenden Personen?

Fragen

Heidi Reichinnek von der Linken geht die Debatte am eigentlichen Problem vorbei. Sie möchte auf die Reichen, die Steuerhinterzieher gucken, nicht auf die Armen. Die Linke möchte Arbeitslosen idealerweise 1400 Euro zahlen, Miete inklusive, und den Mindestlohn deutlich anheben.

Vgl. Abschnitt 1):
„Mehr Härte“

Pointe am Schluss
des Absatzes

Der Mindestlohn, das ist das andere große Thema des Abends. Ist der Mindestlohn höher, wird der Abstand zum Bürgergeld zwar größer, der zu denen, die mehr als den Mindestlohn bekommen, aber geringer, weiß der von Klamroth enthusiastisch vorgestellte Bäcker Tobias Exner („Ich schätze Sie sehr, weil Sie so ungefiltert aus Ihrem Alltag berichten“). Und fragt: Müssten dann nicht alle Löhne angehoben werden, damit es sich weiterhin lohne, eine Ausbildung zu machen? Exner ist eingeladen, um zu erläutern, warum durch einen höheren Mindestlohn die Brötchen teurer würden. Auch ein Hotelier aus Cuxhaven, mit dem Klamroth in einem Einspieler kurz auf's Meer blickt, bevor er sich die Situation im Hotel mal genauer anschaut, ist gegen einen höheren Mindestlohn. Selbst seine Angestellte, die 1300 Euro netto verdient, ist da skeptisch. Es ist also, das steht am Ende dieses Abends fest, manchmal kompliziert mit der Gerechtigkeit.

¶ Weitgehende Einigkeit besteht immerhin bei der Feststellung, dass die Debatte über das Bürgergeld im Wahlkampf viel zu polemisch geführt wurde. Dazu habe, so Kuban, auch seine eigene Partei beigetragen. Gegen Polemik helfen bekanntermaßen Fakten und Zahlen. Daher die Frage nach der Schwarzarbeit, den Totalverweigerern: Wie viele Menschen sind es denn nun, die arbeiten können, aber nicht wollen? Aktuell bekommen 18.000 Menschen von insgesamt 5,5 Millionen, die Bürgergeld empfangen, Sanktionen. Ob das die Debatte widerspiegelt, kann jeder selbst beurteilen.

¶

Wiederaufnahme
der Ausgangs-
frage